

Barbara J. Speck und Erna Walt (Hg.)

# Noch immer die Hälfte der Macht

**Feministische Politik – wie weiter?**

Zehn Jahre Frauenliste Basel

Eine Festschrift



e**FF**

Barbara J. Speck und Erna Walt (Hg.)

## **Noch immer die Hälfte der Macht**

Feministische Poilitik – wie weiter?

*Zehn Jahre Frauenliste Basel*  
*Eine Festschrift*

eFeF-Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Speck Barbara J., Walt Erna (Hg.)  
Noch immer die Hälfte der Macht. Feministische Politik – wie weiter? /  
Barbara J. Speck, Erna Walt (Hg.) – 1. Auflage Bern/Wettingen: eFeF-Verlag 2003  
ISBN 3-905561-57-3

1. Auflage 2003  
Copyright © eFeF-Verlag Bern/Wettingen 2003, www.efefverlag.ch  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlaggestaltung: Sandra Walti, Aarau  
Herstellung: Tatiana Wagenbach-Stephan, Die Buchherstellung, Zürich  
Druck und Bindung: fgb freiburger graphische betriebe, Freiburg i. Br.  
Printed in Germany  
ISBN 3-905561-57-3

## Inhalt

<b>Einleitung</b> <i>Barbara J. Speck und Erna Walt</i>	7
<b>Vorwort: Femmage an die Frauenbewegung</b> <i>Ingrid Rusterholtz und Margrith von Felten</i>	11
<b>Die feministische Bewegung kommt in die Jahre: Chancen und Risiken</b> <i>Heidi Witzig</i>	25
<b>Generationenwechsel</b> <i>Heidi Witzig im Gespräch mit Annemarie Heiniger und Irene Renz</i>	32
<b>Neuere feministische Debatten zur Wirtschaftspolitik: Eine Einführung für Politikerinnen</b> <i>Mascha Madörin</i>	39
<b>Frauen sind noch immer das Hinterland der Männer</b> <i>Mascha Madörin im Gespräch mit Ursula Glück und Ursula Stehlin</i>	53
<b>Gestern und Morgen der Frauenbewegung, Frauenbewegung und Zivilisationskritik</b> <i>Annegret Stopczyk</i>	59
<b>Was eine Philosophin über Philosophen denkt</b> <i>Annegret Stopczyk im Gespräch mit Ulrike Pittner und Barbara J. Speck</i>	75
<b>Das Genparadigma stimmt nicht</b> <i>Florianne Koechlin und Margrith von Felten im Gespräch</i>	89
<b>Zu wenig Gene, um alles zu erklären</b> <i>Florianne Koechlin</i>	97
<b>Literatur</b>	105
<i>Autorinnen, Interviewerinnen und Herausgeberinnen</i>	109

Mascha Madörin

## **Neuere feministische Debatten zur Wirtschaftspolitik: Eine Einführung für Politikerinnen**

Ökonomiedebatten gehören von Anfang an zur Frauenbewegung. Immer wieder tauchen zwei Themen als theoretisch und politisch umstrittene *Pièces de résistance* auf: unbezahlte Arbeit und sexuelle Unterdrückung. Das ist heute noch so. Immerhin – das will ich genauer ausführen – haben inzwischen zur unbezahlten Arbeit und damit zur Wirtschaftspolitik neue Entwicklungen in der feministischen Analyse stattgefunden. Die erste Phase der Neuen Frauenbewegung debattierte intensiv über die patriarchale Durchdringung unserer Kultur und nicht zuletzt der wissenschaftlichen Diskurse. Ausgangspunkt war die persönliche Situation. Frauen begannen über ihre gemeinsamen ökonomischen Erfahrungen zu reden. Es fand eine intensive Kontroverse zum Arbeitsbegriff und zur Bezahlung unbezahlter Arbeit statt und damit über die linken Theorien der Ausbeutung, in denen die unbezahlte Familienarbeit der Frauen und sexuelle Ausbeutung meist schlicht nicht vorkamen. Die feministische Ökonomiekritik war vor allem im Europa der siebziger Jahre eine Kritik der linken und alternativen Kapitalismus-Theorien.

Ab Ende der achtziger Jahre setzt eine neue Debatte ein, die mit zwei Entwicklungen zusammenhängt:

1. Zum einen beginnt eine jüngere Generation von Ökonominen, sich mit der an den Universitäten gelehrteten Mainstream-Ökonomie und deren männerdominierter Sichtweise zu befassen. Es gibt nun vermehrt Fachdebatten unter feminis-

tischen Ökonominnen, beispielsweise in Kanada, Australien, Indien, USA und andern englischsprachigen Ländern, die die gängigen analytischen Instrumente der Ökonomie auf ihre Brauchbarkeit für feministische Fragestellungen hin überprüfen und sie mit Analysen aus der marxistischen und institutionellen Ökonomie kombinieren.

2. Zum anderen führen die weltweiten Erfahrungen mit den so genannten Strukturpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank dazu, dass Fachfrauen und vor allem Frauennetzwerke aus dem Süden beginnen, die wirtschaftspolitischen Denkmodelle und Fragestellungen, die heute der Wirtschaftspolitik der meisten Regierungen und internationalen Organisationen zugrunde liegen, auf ihre Männerlastigkeit hin zu untersuchen. Die Debatte verschiebt sich weg von persönlichen Erfahrungen, hin zur Analyse gesamtgesellschaftlicher Diskurse und Dynamiken. Die feministischen Fachdebatten in entwicklungspolitischen Netzwerken gehören gegenwärtig zu den wirtschaftspolitisch innovativsten. Sie sind sehr viel stärker auf Wirtschaftspolitik – im Unterschied zu Projektpolitik und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen – ausgerichtet als früher.

Kurzum, die Ökonomiedebatte ist einerseits technischer und professioneller und andererseits, was die Fragestellungen, theoretische Ansätze und das wissenschaftliche Handwerk angeht, vielfältiger geworden und befasst sich auch vermehrt mit welt- und volkswirtschaftlichen Fragestellungen. Diese Entwicklung hat, verglichen mit anderen Sozialwissenschaften oder der Rechtswissenschaft, relativ spät eingesetzt. Die erste ökonomische Fachzeitschrift »Feminist Economics« erscheint erst seit 1995.

Unter den feministischen Ökonominnen gibt es zwar eine Differenz- und Vielfältigkeitsdebatte, aber für Ökonominnen hat umständehalber fast eine umgekehrte Entwicklung eingesetzt. Es geht um die wachsende altneue Einsicht, dass es ökonomisch

gesehen eine Frauenfrage gibt, die unabhängig von unterschiedlichen ökonomischen Strukturen und Kulturen, in verschiedenen Ländern und Kontinenten ähnliche theoretische und wirtschaftspolitische Fragen aufwirft. Dies hat vor allem damit zu tun, dass weltweit dieselbe Wirtschaftspolitik mehr und mehr durchgesetzt wird. Absurd standardisierte, neoliberale Programme werden auf die verschiedensten Regionen angewandt, unabhängig von den realen wirtschaftlichen Situationen – eine Art gross angelegter wirtschaftspolitischer Laborversuch mit zum Teil schwerwiegenden sozioökonomischen und ökologischen Konsequenzen. Inzwischen werden diese Programme modifiziert, ohne dass irgendjemand für die zerstörerischen Konsequenzen dieser Politik zur Rechenschaft gezogen würde. Diese wirtschaftspolitischen Programme hatten und haben zwar je nach Region verschiedene Auswirkungen auf Frauen. Aber es gibt trotzdem grundlegende Gemeinsamkeiten, die heute von feministischen Ökonominnen thematisiert werden. Etlliche Ökonomiedebatten finden gegenwärtig in internationalen entwicklungspolitischen Frauennetzwerken und – was für die Finanzierung von Fachseminaren und Forschung sehr wichtig ist – im Rahmen von UNO-Organisationen statt.

### **Fünf wichtige Elemente einer feministischen Wirtschaftstheorie und -politik**

Nach wie vor dreht sich für Feministinnen die zentrale Ökonomiefrage um Arbeit und Einkommen, um die Macht- und Gewaltverhältnisse zwischen Männern und Frauen. Aber die Art und Weise, wie die Fragestellungen angepackt werden, hat sich verändert. Kern der Fragen ist: Wie sähe eine Wirtschaftspolitik aus und in welcher Richtung müssten Wirtschaftstheorien weiter entwickelt werden, wenn Gleich-

stellungspolitik und Menschenrechte aller – auch der Frauen – Kriterien staatlichen Handelns wären?

Wirtschaftstheorien, ihre Fragestellungen und Gedankengebäude wurden im Zeitalter der Industrialisierung entwickelt. Im Zentrum der herkömmlichen Wirtschaftstheorie steht das Neue, die Dynamik von Wirtschaftswachstum, Mehrproduktion und Produktivitätsteigerung, die Veränderungen in den Produktionstechniken und die Expansion der Märkte und nicht die Frage der Ökonomie ganzer Gesellschaften. Die vielen Tätigkeiten, die schon immer irgendwie getan wurden, beispielsweise Kinder aufziehen und deren ökonomische Grundlage, interessierten nicht. Heute gibt es zudem neue Probleme, für die sich die früheren Generationen von Ökonomen ebenfalls kaum interessierten: ökologische Zerstörung oder die Frage, was denn zentrale Aufgaben von Wirtschaftspolitik in einem Zeitalter sein sollen, wo Güterknappheit nun wirklich nicht unsere Hauptsorge ist.

Welches sind nun die Fragestellungen, die feministische Ökonominen heute besonders interessieren? Das Folgende ist ein Versuch, wesentliche Punkte, die in der aktuellen feministischen Fachliteratur auftauchen, zusammenzufassen. Es sind die Punkte, die ich mir für meine eigene Arbeit aus Zeitungs- und Fachartikeln im Verlauf der Zeit zusammengestellt habe und laufend zu komplettieren und zu differenzieren versuche. Feministische Wirtschaftswissenschaftlerinnen sind sich im Hinblick auf zwei Kritikpunkte einig, unabhängig von den Theorietraditionen, an die sie anknüpfen und unabhängig von ihren politischen Positionen:

1. Die herkömmlichen Wirtschaftstheorien vernachlässigen wichtige Faktoren, die die wirtschaftliche Dynamik beeinflussen. Dazu gehören wesentlich die Geschlechterverhältnisse. Die gängigen Wirtschaftstheorien haben nur eine partielle Relevanz und führen zu falschen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen. Sie führen auch zu falschen Prognosen.

2. Gängige wirtschaftspolitische Kriterien und Zielsetzungen abstrahieren von elementaren Rechten der Frauen und von Gleichstellungspolitik. Gender Mainstreaming ist mehr als überfällig in der Wirtschaftspolitik und -forschung. Es ist schlicht nicht zu legitimieren, dass die Frage nach der Auswirkung von wirtschaftspolitischen Massnahmen auf Frauen und Männer und auf die Geschlechterverhältnisse (Gender) nach wie vor kein obligatorisches Thema für Staat, Wissenschaft und Wirtschaft ist.

Uneinigkeit herrscht jedoch unter Ökonominen in der Frage, wie denn die Geschlechterverhältnisse in wirtschaftstheoretische Fragestellungen einzubauen seien und was aus ökonomischer Sicht unter Gleichstellung zu verstehen sei. Es gibt heute eine Reihe von interessanten Forschungsergebnissen, die mehr Fragen aufwerfen als beantworten, beispielsweise über Auswirkungen von Sozial- und Steuersystemen auf die Situation von Frauen und auf die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern. Es sei hier nur an die Kontroverse um Kinderzulagen und Mutterschaftsversicherung erinnert. Weiter ist beispielsweise nach wie vor kontrovers, was Diskriminierung in den Arbeitsmärkten ist, wie sie verursacht wird und wie sie zu messen ist. Und es gibt nach wie vor viel zu wenig Forschung, um diese Fragen wirklich klären zu können. Eines ist jedoch klar: Heute steht vor allem für jüngere Frauengenerationen die Frage im Zentrum, wie sie den Beruf mit Kindern vereinbaren können, ohne mit Arbeitsüberlastung, beruflicher Diskriminierung, schlechten Löhnen und niedrigen Renten lebenslanglich ökonomisch bestraft zu werden. Auch da ist der Bedarf an wirtschaftspolitisch guten und wirtschaftstheoretisch fundierten Ideen gross. Auf den Bedarf an politischem Willen, gute Ideen umzusetzen, und auf die diesbezüglichen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat in Basel, sei hier nicht eingegangen. Schliesslich ist heute ein Festtag.

### *1. Geschlechtsspezifische Asymmetrie als Ausgangspunkt*

Am Anfang jeder staatlichen Wirtschaftspolitik muss die grundsätzliche Anerkennung stehen, dass es gegenwärtig enorme sozioökonomische Asymmetrien zwischen Frauen und Männern gibt und dass der soziale und ökonomische Status der Frauen Verbesserung nötig hat. Insbesondere muss jede feministische Wirtschaftspolitik von einer Arbeitsüberlastung der Frauen ausgehen. Das tönt banal und einsichtig, stellt aber bisherige wirtschaftstheoretische Ansätze und politische Schlussfolgerungen ziemlich grundlegend in Frage. Erwerbsförderungs- und Entwicklungsprojekte gehen in der Regel immer noch davon aus, dass Frauen im Unterschied zu Männern freie Arbeitskapazitäten haben. Es geht aber nicht nur um unterschiedliche Arbeitsbelastungen, sondern auch um verschiedene Arbeiten, die Männer und Frauen bezahlt und unbezahlt tun. Weil sowohl die Lebens-, und Arbeits- als auch Einkommenssituationen von Frauen und Männern nach wie vor enorm ungleich sind, muss Gleichstellungspolitik zum eigenständigen wirtschaftspolitischen Kriterium werden. Wirtschaftspolitische Massnahmen – auch die Haushaltspolitik des Staates – müssen auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer und auf ihre gleichstellungspolitischen Effekte überprüft werden. Diese Forderung leuchtet ebenfalls ein. Schwieriger ist aber, Auswirkungen auf Frauen und Männer zu messen. Welche Auswirkungen müssen aus ökonomischer Sicht als wichtig angesehen werden und wovon kann abstrahiert werden? Nur ein aktuelles Beispiel sei hier genannt: In der Schweiz (auch in Basel) werden bei geschlechtsspezifischen Budgetuntersuchungen meistens drei Wirkungskriterien unterschieden: der Nutzen, den Frauen und Männer von Staatsausgaben haben, die Wirkung auf die unbezahlte Arbeit und die Wirkung auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Die indische Ökonomin Gita Sen schlägt andere Wirkungskriterien vor: Lebensstandard von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, Care Economy

(Menschen aufziehen, versorgen und pflegen) und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen. In der australischen Budgetanalyse interessierten vor allem die Auswirkungen auf den sozioökonomischen Status, Berufschancen und Erwerbstätigkeit der Frauen.

### *2. Neue Theorien der Makroökonomie und der Wohlfahrt sind notwendig*

Für die ersten Theoretiker der Optimierungs- und Wohlfahrtstheorien Ende des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts muss die Geschichte von Robinson Crusoe faszinierend gewesen sein. Mehrere Wirtschaftstheoretiker haben Robinson Crusoe als Denkmodell genommen, um an ihm zu illustrieren, was rationales ökonomisches Handeln ist. Interessant an dieser Theoriegeschichte ist weniger, was die Ökonomen über Robinson Crusoe sagten, als was sie stillschweigend als Rahmenbedingung der Rationalität voraussetzten. Die Insel in der Robinson-Geschichte ist unbewohnt, fruchtbar, und Freitag, der zugelaufene Wilde, ist dankbar für die Rettung vor Menschenfressern. Vor der Insel liegen gekenterte Schiffe, wo Robinson Material und Werkzeuge holen kann, wenn er es vorteilhaft findet. Frauen kommen in der Insel-Geschichte nicht vor. Das Denkmodell Robinson Crusoe, das Urmodell des rationalen Unternehmers, zeigt exemplarisch, was in der neoklassischen Wirtschaftstheorie – heute Mainstream – vorausgesetzt wird: eine frei zu kolonisierende fruchtbare Welt mit angenehmstem Klima (unbewohnte Insel), verfügbare Produktionsmittel, in denen schon eine Menge vergangener Arbeit steckt (gestrandetes Schiff), die Unterwerfung respektive Unterlegenheit von «Wilden» und die Nichtexistenz von Frauen. Die Tatsache, dass Menschen aufgezogen werden müssen, interessiert beispielsweise überhaupt nicht. Im Rahmen dieser Voraussetzungen wird dann Wirtschaftstheorie betrieben. Es sei an dieser Stelle dar-

auf hingewiesen, dass dieses Denkmodell Rassismus (der unterwürfige und arbeitswillige Wilde) und Sexismus (die abwesende Frau) nicht auf die gleiche Art und Weise einbaut.

Die gängige Wirtschaftstheorie geht nicht nur von bestimmten – aus feministischer Sicht abstrusen – Voraussetzungen aus, sie ist auch aus einer bestimmten Sicht und vom Gesichtswinkel eines bestimmten Interesses her aufgebaut. Staat, Gesellschaft, Arbeitskräfte, Investitionen werden aus der Sicht der Privatunternehmen und – im besten Fall – aus der Sicht ihrer Lohnabhängigen analysiert. Die Nationalökonomie bezieht sich auf die Ökonomie der Männer, des Staates, der Unternehmen, der physischen Infrastruktur, der Kriegstüchtigkeit respektive Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Unternehmen auf dem Weltmarkt. Die Wirtschaftstheorie war bisher nie eine Theorie des Wirtschaftens ganzer Gesellschaften, sondern eine Theorie der Erwerbswirtschaft und des Weltmarkts. Das Hinterland, das Lokale, die Haushalte werden als irgendwie existent vorausgesetzt.

Eine ökonomische Theorie der ganzen Gesellschaft, eine Ökonomie der Wohlfahrt aller Menschen, die in einem Land leben, muss erst noch entwickelt werden. Vor allem gehen die gängigen Wirtschaftstheorien irrtümlich davon aus, dass nur die «Wirtschaft» Reichtum produziert und dass die Haushalte «konsumieren». Das ist falsch. Haushalte und andere Institutionen, in denen unbezahlt gearbeitet wird, müssen als Produktions- und Dienstleistungsorte angesehen werden.

Was den theoretischen Umgang mit Erwerbsarbeit anbelangt, so ist zudem die bisherige Wirtschaftstheorie in einer permanenten Ambivalenz befangen. Vor allem die Wohlfahrtstheorie schwankt beliebig zwischen zwei Sichten der Erwerbsarbeitenden hin und her: zwischen einer rein instrumentellen Sicht, die die Menschen als Arbeitskräfte und damit als Produktionsfaktoren sieht, und zwischen der anderen Sicht, in der die Wohlfahrt der Menschen letztlich das Ziel alles Wirtschaft-

tens und vor allem staatlicher Wirtschaftspolitik sein sollte. Auch das ist ein elementares Problem in den wirtschaftstheoretischen Ansätzen, dass Menschen geteilt, entweder als Lebende oder als Arbeitende, vorkommen.

### *3. Eine Wirtschaftstheorie der Haushalte und anderer Sektoren mit unbezahlter Arbeit fehlt weitgehend*

Makro- und Wohlfahrtstheorien, die alle ökonomischen Sektoren mit einbeziehen, können nicht entwickelt werden, wenn erstens nicht klar ist, worin eigentlich die ökonomischen Leistungen von Haushalten bestehen. Sie müssten zweitens auch klären, was denn die ökonomischen Voraussetzungen sind, dass Haushalte respektive die Personen, die in den Haushalten leben, diese Leistungen erbringen können. Ohne Geld für die Wohnungsmiete, für Energie- und Nahrungsmittelaufkauf kann ich nicht unbezahlt als Hausfrau arbeiten. Die Wirtschaftstheorie geht drittens in ihren Denkmodellen meist von einem radikal autonomen Menschen aus, der von niemandem abhängig und für niemanden verantwortlich ist. Dies ist für eine Haushaltstheorie völlig unrealistisch. Eine feministische Wirtschaftstheorie muss deshalb von zeitweiliger Abhängigkeit von und Verantwortlichkeit für andere Menschen ausgehen, und also ebenso von anderen Zeitvorstellungen. Eine Wirtschaftstheorie, die gleichstellungspolitischen Kriterien genügen soll, müsste auch die Geschlechterverhältnisse, das Machtgefälle und die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Frauen und Männern in Haushalten und im Bereich freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit in Betracht ziehen. Dies gilt insbesondere für die Sozialpolitik und armutspolitische Massnahmen. Kategorien wie «Working Poor», «Haushaltseinkommen» etc. verdecken die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und setzen die unbezahlte Arbeit der Frauen im Haushalt in ihren Analysen voraus.



#### 4. Soziale Nachhaltigkeit und Wirtschaftsentwicklung

Wer aus der Sicht ganzer Gesellschaften Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik betreiben will, kommt nicht um die Kategorie «bezahlte und unbezahlte Care Economy» herum. Damit ist die Ökonomie der Versorgung, des Aufziehens und der Pflege von Menschen gemeint. Dazu gehören nebst Haushalten, Schulen, Kantinen, das Gastgewerbe, Spitäler, SozialarbeiterInnen, TherapeutInnen und viele andere persönliche Dienstleistungen. Diese lassen sich nicht rationalisieren wie die Produktion von Autos beispielsweise. Ein Spital mit einer oder einem Pflegenden pro fünfzig Kranke wäre wohl kaum als ökonomischer Fortschritt zu betrachten. Hingegen ist es durchaus begrüßenswert, dass die Produktion von Trams weit weniger Zeit braucht als noch vor dreissig Jahren. Technischer Fortschritt, Konzentration der Wirtschaft und Globalisierung haben zu einem enormen Auseinanderdriften von Arbeitsproduktivitäten geführt. Darin besteht die viel zitierte Krise der Arbeitsgesellschaft. Je grösser Produktivitätsfortschritte in industrialisier- und standardisierbaren Sektoren, desto teurer werden die Wirtschaftsbereiche, die nicht beliebig rationalisiert werden können, und desto stärker driften Erwerbseinkommen auseinander. Die bezahlte und unbezahlte Care Economy gerät zunehmend in eine Krise, und damit geraten auch Frauen vermehrt in eine Krise, weil sie vor allem in care-ökonomischen Wirtschaftsbereichen tätig und dafür zuständig sind. Es fehlt bis heute eine kritische Analyse der Krise der Weltwirtschaft und der damit verbundenen Globalisierung, der Auswirkungen neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die die Problematik der Care Economy miteinbeziehen würde. Die Krisen und Veränderungen in Care Economy-Bereichen treffen Frauen wesentlich anders als Männer.

#### 5. Grundbedürfnisse als eigenständige ökonomische Kategorie

Die bisherige Wirtschaftstheorie zieht in ihren Optimierungs- und Effizienzrechnungen nicht in Betracht, dass es irreversible Katastrophen geben kann: Hungerepidemien, irreparable gesundheitliche Schäden, Perspektivenlosigkeit von Jugendlichen oder die Zerrüttung ganzer Gesellschaften. Es braucht die Anerkennung, dass ein bestimmtes Minimum wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen, die Grundbedürfnisse eben, nicht und für niemanden unterschritten werden darf, auch nicht mit dem «höheren» Zweck von Wirtschaftswachstum oder Veränderung der Gesellschaften. Genügend zu essen zu haben ist nun mal nicht dasselbe wie alle fünf Jahre ein anderes Auto kaufen zu können. In der Wirtschaftstheorie wird aber zwischen dem Kauf überlebensnotwendiger Güter und anderer Güter kein Unterschied gemacht. Die Produktion der materiellen Bedingungen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen muss als eigenständiges ökonomisches Problem behandelt werden, als Voraussetzung zur Schaffung menschlicher Freiheit. Es braucht deshalb eine eigene Ökonomie der Menschenrechte. Die gängige Ökonomie-theorie geht fälschlicherweise davon aus, dass für alle Menschen die politischen, sozialen und ökonomischen Menschenrechte verwirklicht sind. Es ist kein Zufall, dass sich vor allem feministische Ökonominnen mit der Frage von Grundbedürfnissen befassen. Was deren Befriedigung anbelangt, so sind die Geschlechterverhältnisse extrem asymmetrisch und hierarchisch organisiert. Frauen sind nicht nur hauptsächlich dafür zuständig, dass sie sich um andere Menschen kümmern müssen, wenn alles nicht mehr klappt. Sie arbeiten auch vorwiegend in den Erwerbssektoren, wo Dienstleistungen erbracht werden, die besonders wichtig für die Befriedigung von Grundbedürfnissen sind. Wird beispielsweise beim Personal in Spitälern gespart und die Zahl der Krankenaufenthaltstage in den Spitälern gekürzt, dann hat dies in der Regel grössere negative Auswirkungen auf Frauen als auf Männer:

- Weil überproportional viele Frauen in Spitälern arbeiten, trifft es sie als Erwerbstätige besonders stark.
- Es trifft sie aber auch als Kranke: sie haben im Vergleich zu Männern mit grösserer Wahrscheinlichkeit keine Hilfe, wenn sie krank nach Hause kommen.
- Es trifft sie als Angehörige, die für die Versorgung von Kranken zu Hause zuständig sind.

### **Lokal - global: Perspektiven einer feministischen Stadtpolitik**

Ich habe die Punkte oben als eine Art wirtschaftspolitische Checkliste aufgezählt und hoffe, dass sie den in Basel politisch engagierten Frauen im Parlament und generell in der Stadt dient. Wie bereits am Anfang betont, finden viele neue feministische Ökonomiedebatten heute in internationalen Netzwerken statt. Die dort erarbeiteten Einsichten zu vermitteln, aber auch zu relativieren und in lokale Gegebenheiten umzusetzen, ist nicht so einfach. Das scheint mir gegenwärtig ein besonders grosses Problem der Frauenorganisationen in der Schweiz zu sein. Die Liste der zu diskutierenden Themen ist riesig, die Kapazitäten, internationale Debatten zu kennen und davon zu profitieren, sind wegen des chronischen Zeit- und Geldmangels sehr beschränkt. Ein Beispiel für die schwierigen zeitlichen und finanziellen Umstände war der Weltmarsch der Frauen in der Schweiz. Im Wesentlichen war es hierzulande möglich, einige Veranstaltungen und den Abschluss in Basel zu organisieren. Aber die Absicht des Projekts, eine weltweite Debatte über verschiedene heisse und kontroverse Themen zu initiieren, konnte – in der Schweiz jedenfalls – nur sehr beschränkt realisiert werden. Dies gilt vor allem für alle wirtschaftspolitischen Forderungen der Plattform. Dazu kommt, dass, verglichen

mit der Zahl von feministisch versierten Juristinnen oder Psychologinnen, die Zahl der Ökonominnen leider noch sehr klein ist.

Es stellt sich die Frage, ob und wie denn international erarbeitetes Wissen über feministische Ökonomie hierzulande in die Politik von Frauenorganisationen und parlamentarisch orientierter Gruppen einfließen könnte. Es gibt verschiedene Orte und Ebenen, wo dies bereits stattfindet. Zu Themen wie Sozialversicherungen, Steuerrecht und Arbeitsmarkt gibt es schon seit längerer Zeit ein feministisches und gleichstellungspolitisches Fachwissen. Es handelt sich dabei um Kenntnisse, die stark von nationalen Gegebenheiten geprägt sind und auch in national orientierten Organisationen wie Gewerkschaften, Gleichstellungsbüros und Frauenkommissionen seit vielen Jahren entwickelt werden. Wesentlich schwieriger ist die Situation in Bezug auf wirtschaftspolitische Fragen, die mehr mit internationalen Entwicklungen zu tun haben, Fragen also, wie sie sich bei Handels-, Standort- oder Finanzpolitik stellen.

Für lokale Frauengruppen wie die Frauenliste Basel gibt es meiner Ansicht nach aber noch besonders interessante Möglichkeiten, internationale Debatten aufzunehmen:

1. Zum einen orientiert sich die feministische Wirtschaftspolitik analytisch viel stärker an einem ganzen Territorium als an Märkten, Branchen oder Wirtschaftssektoren. Es ist kein Zufall, dass beispielsweise Geographinnen viele interessante Forschungsbeiträge zur Geschlechtersegregation und Diskriminierung von Frauen auf Arbeitsmärkten liefern. Ihr Bezugspunkt ist ein komplexes geographisches Territorium und kein standardisiertes Verhalten in Wirtschaftsbranchen. Politik in Bezug auf ein beschränktes Territorium, wie es der Kanton Basel-Stadt darstellt, kann für eine vertiefte Diskussion, was denn eigentlich feministische Wirtschaftspolitik sein könnte, ein grosser Vorteil sein. Das Territorium ist überschaubar. Umso einfacher ist es, ein Wissen zu entwickeln, das sich an den Lebens- und

Arbeitsrealitäten von allen Menschen in diesem Stadtkanton orientiert. Die Falle der gängigen Ökonomie, dass riesige Bereiche des Wirtschaftens ausgeklammert werden, ist damit leichter zu vermeiden. In einer Stadt leben wir, arbeiten wir, bezahlt und unbezahlt. Wir tun all das, was Gegenstand ökonomischer Analysen sein muss.

2. Zum andern gibt es eine interessante Debatte über Globalisierung und Stadtentwicklung, an der sich Theoretikerinnen wie Saskia Sassen beteiligen. Für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, Geschlechterverhältnisse in ihre Forschungsarbeit mit einzubeziehen. Basel ist im Übrigen eine interessante Stadt, was die Problematik des Zusammenhangs zwischen lokalen und globalen Entwicklungen anbelangt. Novartis gehört zu den zehn am meisten internationalisierten Konzernen der Welt. Basel befindet sich gegenwärtig in einem grossen Umbruch. Wie leben und arbeiten eigentlich Frauen hier? Wie verändert sich diese Stadt für Frauen? Wie verändern sich Frauen in dieser Stadt? Und wie verändern Frauen diese Stadt? Es wäre doch spannend, mehr darüber zu wissen und mit Erfahrungen und Analysen von Frauen anderer Städte zu vergleichen.

Ich selbst bin überzeugt, dass es weiterhin Frauenlisten und Frauenorganisationen braucht, damit überhaupt solche Fragen gestellt werden und für Frauen relevantes Wissen erarbeitet wird. In diesem Sinne wünsche ich der Frauenliste Basel weiterhin viel Phantasie und Neugierde auf die eigene Stadt, Durchhaltevermögen und Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit.

## Frauen sind noch immer das Hinterland der Männer

Mascha Madörin im Gespräch  
mit Ursula Glück und Ursula Stehlin

**Ursula Glück:** Wirtschaftspolitische Fragen stellen sich in der Handelspolitik, in der Standortpolitik und in der Finanzpolitik. Wirtschaftspolitische Fragen sind eng gekoppelt mit internationalen Entwicklungen. Hier sind uns Fachfrauen und Frauennetze in andern Ländern voraus, sagst du, Mascha. Sie haben die heutigen wirtschaftspolitischen Denkmodelle, die den meisten Regierungen und internationalen Organisationen zugrunde liegen, auf Männerlastigkeit geprüft. Was haben diese Prüfungen ergeben? Was können wir von diesen Vordenkerinnen lernen? Welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für uns politisch Engagierte hier?

**Mascha Madörin:** Ich denke, die neuen Ideen sind eine Frage der Perspektive. Das sozialdemokratische Modell der Emanzipation beruht auf Wachstumsökonomie. Der Staat gibt limitierten Teilen der Bevölkerung immer mehr Geld. Dieses Modell ist für Frauen in Ländern des Südens mindestens seit der Schuldenproblematik keine Perspektive mehr. Staatsbudgets wurden massiv gekürzt. Was passiert jetzt mit all den Forderungen der Frauen, die aus staatlichen Geldern finanziert wurden? Da kommt schliesslich die Frage auf: wie ist eigentlich das Staatsbudget strukturiert? Das ist das eine.

Das andere ist eine vergleichende Studie: Die Südfrauen schlugen den Nordfrauen in den USA vor: Analysiert die neoliberale Wirtschaftspolitik, die mit Reagan begann und mit Bush sen., Clinton und Bush jun. weitergeht, nach dem gleichen Raster wie bei uns und schaut euch das Ergebnis an. Da bildete sich